

## **Antrag**

### **der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

#### **Unterstützung für die Opfer von Halabja fortsetzen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Am 16. März 2013 jährt sich zum 25. Mal der Giftgasangriff durch Saddam Hussein auf die kurdische Stadt Halabja im Nordirak. Circa 5 000 Kurden starben, weitere Tausende wurden verletzt, viele leiden bis heute unter den Folgen.
- Der Deutsche Bundestag äußert sein tiefes Bedauern darüber, dass die Verbrechen in Halabja mit Giftgas verübt wurden, dessen Herstellung mit illegalen Lieferungen deutscher Firmen ermöglicht wurde.
- Der Deutsche Bundestag drückt den Opfern und ihren Angehörigen sein tiefes Mitgefühl aus.
- Der Deutsche Bundestag begrüßt die Unterstützung, welche die Bundesregierung den Opfern des Giftgasangriffs hat zukommen lassen. Hierzu zählen unter anderem Projekte medizinischer und psychologischer Betreuung.
- Der Deutsche Bundestag erinnert an die Verbrechen Saddam Husseins an den Kurden, wo in der sogenannten Anfal-Kampagne 180 000 Kurden ermordet wurden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der bestehenden Haushalts- und Finanzplanungsansätze auf,

- auch weiterhin Mittel für bürgergesellschaftliche Initiativen zur medizinischen und psychologischen Nachsorge der Opfer und ihrer Angehörigen bzw. Entwicklungsmaßnahmen in Halabja und den von Giftgasangriffen und Gewaltverbrechen unter Saddam Hussein besonders betroffenen Gebieten zur Verfügung zu stellen, um damit einen signifikanten Beitrag zu leisten, das auch nach 25 Jahren immer noch vorhandene Leiden der Betroffenen zu lindern;
- sich weiterhin für die Ächtung von Chemiewaffen und die Durchsetzung und Kontrolle der Chemiewaffenkonvention einzusetzen.

Berlin, den 12. März 2013

**Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion  
Rainer Brüderle und Fraktion**

## Begründung

Am 16. März 1988 fand der Giftgasangriff auf Halabja im kurdischen Nordirak nahe der iranischen Grenze statt. Bei dem Angriff der irakischen Armee auf die damals iranisch besetzte Stadt während des Iran-Irak-Krieges kamen ca. 5 000 Menschen ums Leben. Zahlreiche Verletzte flohen in den Iran. Die politische Verantwortung trug der damalige irakische Machthaber Saddam Hussein. Für die Durchführung des Angriffs war der damalige irakische Verteidigungsminister und Armeekommandeur Ali Hassan Al-Madjid verantwortlich. Er wurde im Juni 2007 im Zusammenhang mit den so genannten Anfal-Angriffen auf kurdische Dörfer zum Tode verurteilt. Bei den „Anfal“-Angriffen kamen nach Schätzungen von Human Rights Watch – Verein zur Wahrung der Menschenrechte e. V. – zwischen 50 000 und 100 000 Menschen ums Leben. Kurdische Quellen sprechen sogar von bis zu 180 000 Opfern.

Die Region Kurdistan-Irak gehört zu den stabilsten und sichersten Teilen des Landes. Die Folgen der Saddam-Zeit sind in der Region Nordirak aber immer noch gegenwärtig. Das trifft insbesondere für jene teils ländlichen und abgelegenen Gebiete zu, die besonders unter der Gewaltpolitik Saddam Husseins und den Giftgasangriffen gelitten haben. Krebs-, Haut-, Atemwegserkrankungen und Missbildungen gehören bis heute zu den Folgen der damaligen Giftgasangriffe. Viele Opfer und ihre Angehörigen leiden nach wie vor unter den physischen und psychischen Spätfolgen der damaligen Gewaltakte. Noch immer sind Tausende von Schicksalen von Vermissten und Ermordeten ungeklärt.

Am 16. März 2013 jährt sich zum 25. Mal der Giftgasangriff auf das irakisch-kurdische Halabja auf Befehl Saddam Husseins. Das C-Waffenarsenal Saddam Husseins hätte nicht ohne die Lieferungen internationaler, darunter auch deutscher Firmen aufgebaut werden können. Deutsche Firmen handelten gegen bestehende Rüstungsexportbestimmungen oder nutzten damalige Gesetzeslücken mit der Lieferung von Dual-Use-Gütern (vgl. Bericht der Bundesregierung vom 8. Mai 1991, Bundestagsdrucksache 12/487) an das Regime von Saddam Hussein aus. Anfang der 90er-Jahre kam es zu Anklagen gegen die beteiligten Firmen. Diese Lieferungen, auch deutscher Firmen, welche sich der irakische Diktator Saddam Hussein beim Aufbau seines C-Waffenarsenals zunutze machte, wurden durch deutsche Gerichte geahndet.

Die Bevölkerung von Halabja trägt bis heute schwer an den Folgen der Giftgasangriffe. Viele Überlebende befinden sich in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen und leiden unter der unzureichenden Gesundheitsversorgung und den mangelnden hygienischen Verhältnissen. Seit der Intensivierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regionalregierung des Nordirak durch die Eröffnung eines Generalkonsulats im Jahr 2009 wurden vermehrt auch bürgergesellschaftliche Initiativen zur Hilfe für die Opfer durch die Bundesregierung unterstützt. Zu den Hilfsmaßnahmen, welche durch die aktuelle Bundesregierung fortgeführt und ausgebaut wurden, zählen u. a. die Zusammenarbeit des Behandlungszentrums für Folteropfer Berlin e. V. (bzfo) mit dem „Halabja Rehabilitation Center for Victims of Chemical Attacks“ sowie dem „Kirkuk Center for Torture Victims“. Ebenso läuft die Förderung des „Haukari Anfal-Erinnerungsforums“ fort. Daneben unterstützt Deutschland die Zusammenarbeit der International Commission on Missing Persons (ICMP) mit dem irakischen Ministerium für Menschenrechte, dem Rechtsmedizinischen Institut des irakischen Gesundheitsministeriums und anderen.

Auch außerhalb der kurdischen Gebiete sind die Menschen von den Spätfolgen der Gewaltherrschaft Saddam Husseins betroffen. Auch für diese Menschen sollte über bereits existierende Projekte hinaus im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushalts- und Finanzplanungsansätze weitere Unterstützung bereitgestellt werden, die nicht zuletzt einen wichtigen Beitrag zu Versöhnung und Stabilisierung im Irak leisten kann.